67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 12 gespalt. Zeile 7.— M., Reklamezeil 30.— M.
Stellengesuchende 2.80 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsscheine-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preußischen-Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Übersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe

Nummer 596.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 75.— Mark, monatlich 25.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr. des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem vollen Porto-Anbeitag durch die Expedition dieser Zeitung gulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernspr. d. Schriftltg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Dienstag, 27. Dezember 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 50 Pf.

Kabinettsberattungen.

Das Gesamtkabinett wird heute nachmittag um 5 Uhr erneut zusammentreten, um zu den durch den Bericht Dr. Rathenaus über die Ergebnisse seiner Londoner Reise aufgeworfenen Tagesprobleme Stellung zu nehmen.

In der Frage der Beantwortung der der deutschen Regierung vor einiger Zeit zugegangenen Roteder Reparationskommission fanden auch während der beiden Weihnachtsfeiertage eingehende Beratungen statt. Am 28. Dezember versammelten sich die beteiligten Ressortvertreter vormittags 11 Uhr. In dieser Besprechung, an der auch Reichsbankpräsident Havenstein teilnahm, erstattete Dr. Rathenau Bericht über seine Londoner Reise. Gegen 2 Uhr war die Sitzung beendet. Um 5 Uhr nachmittags wurde dann das Gesamtkabinett zusammenberufen. Ueber das Ergebnis der Beratungen hören wir, daß die Reichsregierung vermutlich zunächst überhaupt eine Antwort nicht erteilen wird. Es sind inzwischen unmittelbare, mündliche Verhandlungen mit der Reparationskommission aufgenommen worden, die eine Klarstellung der bekannten drei Gegenfragen besser und erschöpfender hoffen lassen, als es ein umständlicher Notenwechsel erwarten läßt.

Zu der von anderer Seite gebrachten Nachricht, daß Staatssekretär Fischer bereits zu diesem Behufe nach Paris entsandt sei, entnehmen wir, daß eine solche Mission wahrscheinlich den Dingen vorauseilen würde. Die französische Auschauung über Tendenz und Inhalt der jetzt eingeleiteten Erörterung mit der Reparationskommission über die drei Fragen, geben die Berliner Korrespondenten der Pariser Bitter wieder, die übereinstimmend melden, daß heute oder morgen deutsche Beamte des Finanzministeriums, mit allen Vollmachten ausgestattet, nach Paris reisen würden, um mit der französischen Regierung direkte Verhandlungen wegen der nächsten deutschen Zahlungen einzuleiten. Dr. Rathenau, so wird hinzugefügt, würde dieser Abordnung nicht angehören, was soviel besagen will, daß man es in Paris gern sehen würde, wenn diese jetzt durch eine Fahrt an die Seine zeigte, daß Paris an Bedeutung nicht hinter London zurückzusehen braucht.

Dr. Pfeiffer — Gesandter in Wien!

Wir haben vor einigen Tagen gemeldet, daß der Reichsregierung bei der Wiener Regierung das Agrément für Dr. Pfeiffer nachgesucht habe, und daß dessen Ernennung zum Gesandten in Wien unmittelbar bevorstehe.

Nach einer Meldung des W.T.B. ist diese Ernennung nunmehr vollzogen worden. Um die Ueberraschung über die Art, wie man jetzt der deutschen Diplomatie neue Kräfte zuführt, zu vollenden, sollte man nicht länger zögern und jetzt rasch nach Dr. Hermes nach Washington senden.

Ein deutsch-polnisches Gesamtabkommen.

Königshütte, 27. Dezember.

Der Vertreter der „Dena“ hatte eine Unterredung mit dem polnischen Bevollmächtigten für die oberschlesischen Verhandlungen, Minister Olszowski. Ueber ein künftiges deutsch-polnisches Gesamtabkommen sagte der Minister wörtlich: Nach den Verhandlungen über die Genfer Entscheidung werden große Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung einsetzen, um die gesamten Verhältnisse auf eine normale Stufe zu stellen. Vorarbeiten zu dieser Verhandlung sind schon geleistet. Das Programm ist schon festgestellt und man ist sich darüber zwischen Deutschland und Polen bereits einig. Das Programm zählt nicht weniger als 23 Probleme auf, die es zwischen Deutschland und Polen zu lösen gilt. Es sind nicht nur Probleme wirtschaftlicher Art. Diese Verhandlungen werden zwischen Berlin und Warschau geführt ohne Beteiligung eines neutralen Schiedsrichters. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis haben und das Gesamtverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und der polnischen Republik ordnen werden.

Zuerkennung Oedenburgs an Ungarn.

Budapest, 26. Dezember.

Meldung des Ungar. Korr.-Bureaus.

Die Interalliierte Generalskommission in Oedenburg veröffentlicht eine Kundgebung, daß infolge der Anerkennung des Abstimmungsergebnisses durch die Botschafterkonferenz im Sinne des Abkommens von Venedig das Abstimmungsgebiet in den Besitz Ungarns gelangt. Die Uebernahme wird am Neujahrstag erfolgen.

Frankreich widersetzt sich der Reise Zitas.

EE London, 27. Dezember.

Aus Funchal wird dem „Daily Cronicle“ gemeldet, daß der Gouverneur der Stadt plötzlich aus Paris Weisung erhielt, sich der Abreise der Exkönigin Zita nach der Schweiz zu widersetzen. Graf und Gräfin Hunyadi haben sich allein auf die Reise begeben.

Indiskretionen Wilsons.

EE Paris, 27. Dezember.

Die „Newyork Times“ erklärt, vom 1. Januar an mit der Veröffentlichung aller Geheimnisse der Pariser Konferenz beginnen zu wollen. Man erklärt in amerikanischen politischen Kreisen, daß diese Geheimnisse nur durch Indiskretionen Wilsons an die Oeffentlichkeiten gelangen könnten. Begg, ein Mitglied des Repräsentantenhauses, will im Repräsentantenhause den Antrag einbringen, daß die Veröffentlichung dieser Artikel verhindert werde, wie überhaupt diplomatische Geheimnisse nicht preisgegeben werden sollten.

Nachklänge und Vorzeichen.

Lloyd George auf der Reise nach Cannes.

Begegnung mit Briand und Lord Hardinge.

EE Paris, 27. Dezember.

Lloyd George hat auf der Reise nach Cannes gestern nachmittag 5 Uhr Paris berührt. Während seines halbstündigen Aufenthaltes statteten ihm Briand und der englische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, einen Besuch in seinem Salon ab. Was die beiden Ministerpräsidenten besprochen haben, ist unbekannt. Einem Vertreter des „Egcelsior“ gegenüber erklärte Briand, daß diese Besprechung sehr herzlich war und daß die Hauptfragen, die in Cannes erörtert werden sollen, rasch durchgesprochen wurden. In großen Linien hat man die bevorstehende Konferenz erörtert.

Auf der Durchreise durch Amiens wurde Lloyd George vom Präfekten des Sommedepartements begrüßt, der eine Ansprache hielt, auf die Lloyd George antwortete, daß er sich mit dem lebhaften Wunsche nach Cannes begebe, um dort zu Entscheidungen zu gelangen, von denen Frankreich vollkommen befriedigt sein könne.

Briand wird am 3. Januar abends Paris verlassen, um sich nach Cannes zu begeben, wo am 6. Januar der Oberste Rat tagen soll. Der französische und der britische Premierminister werden am Tage vorher eine Besprechung haben. Man nimmt an, daß der Oberste Rat nicht länger als vier Tage tagen wird.

Botschafter Harvey in Cannes.

Paris, 27. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Cannes trifft der amerikanische Botschafter Harvey bereits am 29. Dezember dort ein.

Erklärungen Briands im auswärtigen Kammerausschuß.

Paris, 27. Dezember.

Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten gab Ministerpräsident Briand gestern Erklärungen über die auf der Washingtoner Konferenz nicht zur Erörterung gelangten Probleme ab. Briand legte ferner die Bedeutung des Viermächte-Abkommens am Pazifischen Ozean sowie die Stellung Frankreichs zu der Frage der Abrüstung zur See dar, namentlich seine Forderungen bezüglich der Unterseeboote und leichten Kreuzer. Brand gab alsdann auch Aufklärung über die letzten Verhandlungen mit Lloyd George in London und über die Grundlinien der Vorschläge, mit denen der Oberste Rat in Cannes befaßt werden solle. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Kammerausschusses erklärte Briand, er werde demnächst die von dem Ausschuß verlangten Schriftstücke über die Orient-Angelegenheiten vorlegen.

Dubois bei Briand.

Paris, 26. Dezember.

Ministerpräsident Briand empfing heute vormittag den Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois und verhandelte mit ihm über das Reparationsproblem, insbesondere über die Zahlung, die Deutschland am 15. Januar zu leisten hat. Der Ministerpräsident empfing weiter den belgischen Botschafter in Paris.

Belgien in seinem Prioritätsanspruch bedroht?

EE Paris, 27. Dezember.

Die belgische Presse zeigt sich sehr erregt, weil sie annimmt, daß die französische Regierung in London die Frage der belgischen Priorität neuerdings aufgeworfen habe. Von französischer Seite dementiert man diese Nachricht und erklärt, daß es Lloyd George gewesen sei, der in London forderte, daß Belgien im nächsten Jahre einige Opfer bringen müsse. Frankreich beitreite Belgien in keiner Weise das Recht, selbst Beschlüsse zu fassen. Frankreich werde der letzte sein, der mit Belgien irgendwelche Meinungsverschiedenheiten beginnen oder solche hervorrufen werde. Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ behauptet, daß Lloyd George und Briand für die deutschen Zahlungen vom Jahre 1922 ein Abkommen getroffen hätten, deren wichtigstes Ergebnis darin bestünde, daß die belgische Priorität ernstlich erschüttert werde. Deutschland würde ein Moratorium erhalten, und 1922 nur 500 Millionen Goldmark bezahlen, außerdem aber das Wiesbadener Abkommen durchführen. Von diesen 500 Millionen würden Frankreich und Belgien je 250 Millionen erhalten. Mit dem Wiesbadener Abkommen würde Frankreich also eine Milliarde oder gar 1¼ Milliarde an Naturalleistungen und 250 Millionen Goldmark erhalten. Belgien, das eine Milliarde 250 Millionen Goldmark zu fordern hätte, würde also nur 250 Millionen Goldmark erhalten. Die Aufregung ist in belgischen Regierungskreisen so groß, daß ein Kabinettsrat für Mittwoch einberufen wurde, der über die Lage beraten soll. Der genannte Korrespondent behauptet, daß die belgische Regierung unnachgiebig bleiben werde, da sie sich klar darüber ist, daß sie sofort gestürzt würde, wollte sie irgendwie in dieser Angelegenheit nachgeben.

Einladung der Sowjetregierung nach London.

Konferenz mit England und Frankreich.

London, 27. Dezember.

„Times“ will wissen, daß Lloyd George und Briand grundsätzlich beschlossen haben, Besprechungen mit der Sowjetregierung aufzunehmen. Der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin und sein Mitarbeiter Litwinoff, würden zu diesem Zweck für die ersten Monate nächsten Jahres nach London eingeladen werden. Der 8. Februar werde als wahrscheinliches Datum für den Beginn der Besprechungen angenommen.

Ein italienisch-russisches Handelsabkommen.

Rom, 27. Dezember.

Wie die Agenzia Stefani mitteilt, wurde gestern abend im Ministerium des Auswärtigen ein italienisch-russisches Handelsabkommen unterzeichnet, worüber seit einiger Zeit zwischen dem Ministerium und der russischen Handelsabordnung Verhandlungen im Gange waren.

Rücktritt Philippe Berthelots.

Paris, 26. Dezember.

Der Generalsekretär im Ministerium des Aeußern Philippe Berthelot hat Briand gebeten, ihn seiner Funktionen zu entheben. In einem Briefe an den Ministerpräsidenten erklärt Berthelot, daß er infolge der fortgesetzten Angriffe und Verleumdungen, sowie der absurden Vorwürfe, denen er seit einem Jahr infolge der Zahlungseinstellung der Banque Industrielle be Chine ausgesetzt war, deren einer Chef sein Bruder gewesen ist, befürchten müsse, gegenüber dem Ausland, bei dem er täglich die Interessen Frankreichs zu vertreten habe, nicht mehr die nötige Autorität zu besitzen, um dem Staat gut dienen zu können. Sein Entschluß zurückzutreten, sei unwiderruflich.

Ungewisse Lage des Kabinetts Briand.

Ein Vertrauensvotum wahrscheinlich.

EE Paris, 27. Dezember.

Die Demission des Generalsekretärs im Auswärtigen Amte, Philipp Berthelots, hat die Lage des Kabinetts Briand noch nicht geklärt. Zu Beginn der heutigen Kammersitzung brachte der Ministerpräsident Briand erklärten, daß er die Demission Berthelots annehme, dürfte jedoch seine Gegner damit durchaus nicht einverstanden, da diese behaupten, daß gerade die Tatsache, daß Briand von dem Briefe den Berthelot an den amerikanischen Finanzsekretär Cagenaue richtete, nichts wußte, beweise, daß sich Briand zu wenig für die Interesse, die in seinem Ministerium vorgingen, interessiere. Der Abgeordnete Laittinger, der Berthelot in seiner letzten Rede vom Sonnabend zu Fall brachte, erklärte allerdings Zeitungsvertretern, daß man mit einem Leichnam nicht kreßen gehen könne. Er wolle unter den gegenwärtigen Umständen der Regierung weder sein Vertrauen bekunden noch es ihr aussprechen; eine einfache Tagesordnung würde er annehmen. Mehrere Abgeordnete haben die Absicht, am Schlusse der heutigen Debatte über die Banque industrielle de Chine die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu fordern, um die Verantwortlichkeit beim Zusammenbruch der betreffenden Bank festzustellen, doch wird demgegenüber erklärt, daß diesem Verlangen nicht Rechnung getragen werden könnte, weil eine gerichtliche Untersuchung dieser Angelegenheit bereits eingeleitet worden sei, weshalb die Kammer nicht noch eine Nebenuntersuchung gestatten könne. Obwohl die heutige Kammersitzung zweifellos bewegt sein dürfte, wird die Regierung dennoch wahrscheinlich ein großes Vertrauensvotum erhalten, damit der Ministerpräsident bei den bevorstehenden Besprechungen in Cannes die volle Autorität der Kammer hinter sich haben könnte.

Für den Augenblick wird nicht beabsichtigt, einen neuen Generalsekretär für das auswärtige Amt zu ernennen. Der Hauptmitarbeiter Briands in diesem Falle würde der Direktor der politischen Abteilung sein, Perrette de la Rocco, ohne daß dieser oder zum Mitarbeiter ernannt werden würde.

Kleine Nachrichten.

Am 21. Dezember sind in der Schlußsitzung der Grenzkommission für das Saargebiet die Schlußurkunden über die Abgrenzung des Saargebiets unterzeichnet worden.

*

Wie die „Oberschlesische Morgenzeitung“ meldet, wird General Le Rond in den nächsten Tagen wieder in Oppeln zurückerwartet.

*

Eine ungarische Regierungsverordnung hebt das beschleunigte Strafverfahren auf und stellt die gewöhnliche Strafprozeßordnung wieder her.

*

Der Vatikan ist von dem im Januar beabsichtigten Besuch des belgischen Königspaares in Rom offiziell benachrichtigt worden.

*

In Marseille wurde heute der erste Kongreß der französischen Kommunistischen Partei eröffnet. 350 Delegierte nehmen an ihm teil.

*

Konteradmiral Dusmanis ist, wie aus Riga gemeldet wird, an Stelle des nach London entsandten Konteradmirals Malikopulos zum Chef des Admiralstabes ernannt worden.

*

Eine Meldung aus Melbourne berichtet, daß die Neubildung des Kabinets beendet ist.

*

Wie aus Massachusetts berichtet wird, hat der zuständige Gerichtshof die Revision des Prozesses von Sacco und Vanzetti abgelehnt.

*

Nach einer New-Yorker Depesche der „Chicago Tribune“ sind bei einem Wirbelsturm im Missisippital 81 Personen getötet und 70 verletzt worden.

Ein Kohlenkanal Schlesien—Danzig.

Bis in politische Kreise hinein macht sich, besonders gegenüber der Diskussion der oberschlesischen Frage, in Deutschland eine Unterschätzung der polnischen Leistungsfähigkeit bemerkbar. Um ein Beispiel der Großzügigkeit zu geben, die die Deutschland unsre gefährlichen werden kann, je weniger sie unterestellt rechtzeitig erkannt wird, und mit der Polen an die wirtschaftliche Bedeutung seiner politischen Erwägungsschaften geht, geben wir nach den nachstehenden Mitteilungen unseres Danziger Korrespondenten Raum.

D. Red.

Der „Journal de Pologne“ beschäftigte sich vor einiger Zeit mit der Frage der polnischen Wasserstraßen. Der Aufsatz ging dabei von dem Grundgedanken aus, daß Europas Handel und Industrie sich auf einen Absatz ihrer Waren über Polen nach Rußland und weiter nach Asien zu einstellen müßten. Der Seeweg durch das Schwarze Meer dürfte dabei wohl weniger in Frage kommen, den geeignetsten Weg für den Warentransport nach und von Rußland stellt unzweifelhaft eine Verbindung zwischen den ins Schwarze Meer strömenden Dnjepr bzw. seinen Nebenflüssen Pripet und dem Bug, dem größten Nebenfluß der Weichsel, dar.

Es ist bekannt, daß Pläne für diese Verbindung schon vor langer Zeit aufgestellt worden sind: Rußland beschäftigte sich schon 1905 mit einem Wasserweg zwischen Südrußland und dem Weichselstromgebiet; 1915 andererseits tauchte deutscherseits der Gedanke auf, einen Kanal zu bauen, der Königsberg über Memel und Pripet mit Rußland verbinden sollte. Beide Pläne wiesen jedoch einen großen Fehler auf: sie vermieden absichtlich die Berührung polnischen Gebietes und doch ist der Wasserweg, der quer durch Polen geht und Pripet, Bug und Weichsel benutzt, der einfachste und natürlichste, und er erschließt gleichzeitig das Steinkohlen- und Metallbecken des Don und desjenigen von Krivoj-Rog im früheren Gouvernement Cherson.

Eine andere Möglichkeit, die außerdem noch den Vorzug der ziemlich schnellen Verwirklichung in sich schließe, wäre ein Kanal zwischen Dnjestr und Weichsel, der indessen im Gegensatz zu den eben erwähnten Kanalplänen nur für 600-Tonnen-Schiffe in Frage käme. Hand in Hand damit wäre eine Wasserstraße zu bauen, die das jetzt zu Polen gefallene Oberschlesien mit dem polnischen Industriegebieten und — mittels Stichkanälen — mit Warschau und Posen und über die Weichsel mit der See verbindet. Zur Verwirklichung dieses Wasserstraßennetzes wäre dann noch eine Verbindung zwischen Oberschlesien und Krakau sowie Dnestr erforderlich.

Der Plan eines solchen Kanals von Polnisch-Oberschlesien nach der Ostsee scheint nun allmählich greifbarere Formen anzunehmen. Nach der „Gazeta i Dziennik Gdanski“ ist nämlich dieser Frage bereits der Bauplan eines solchen Kanals — und zwar jetzt vom polnisch-schlesischen Kohlenbecken an Lodz vorbei zum mittleren Lauf der Weichsel mit Stichkanälen nach Thorn und Posen — dem Handelsministerium in Warschau eingereicht worden, gleichzeitig damit auch schon eine Eingabe zwecks Bestätigung einer für diesen Kanalobau gedachten Aktiengesellschaft. Er verfolgt ausdrücklich die Absicht, die polnisch-schlesisch-galizische Kohle auf dem Wasserwege nach Danzig zu bringen, ein Kohlenkanal also einerseits, andererseits natürlich durch die Wasser-Verbindung, die er Lodz, Posen, Thorn und wohl auch Warschau verschafft, in hervorragender Weise geeignet, einmal diese Industriegebiete ebenfalls mit Kohle zu versorgen und dadurch ihre Erzeugnisse nach Danzig selbst und über Danzig auf den Weltmarkt zu bringen. Die Vorteile eines solchen Kanals für Polen wäre ungeheuer allein schon, wenn man berücksichtigt, wie erheblich billiger der Wasserweg ist als der Eisenbahntransport. Kostet heute schon polnisch-galizische Kohle aus dem Dombrowa-Becken in Danzig ebensoviel, mitunter sogar mehr als englische — weitere Frachtverteuerungen werden die Verhältnisse noch schwieriger gestalten — so wäre durch eine Verbilligung der Kohle ein Aufschwung sondergleichen für die Industrien aller der Gebiete zu erwarten, die unmittelbar oder mittelbar durch den geplanten Kanalbau erschlossen werden würden.

Man rechnet mit einer Bauzeit von etwa 8 Jahren und mit Baukosten von etwa einer Viertelmilliarde Goldmark, also rund 60 Millionen Dollars. Bei dieser Summe ist es wohl einerseits selbstverständlich, daß die Bauausführenden große Garantien seitens der polnischen Regierung erwarten und verlangen werden, daß andererseits wohl im erheblichen Umfange ausländisches Kapital wird herangezogen werden müssen, da in Polen derartige Kapitalien nicht aufzutreiben sein werden; ausländische Kapitalisten werden aber erst recht Garantien des polnischen Staates fordern.

Die Führung des Kanals denkt man sich so, daß er an der einzigen Drehschleuse, wo bis 1914 preußisch-deutsches, österreichisches und russisches Gebiet zusammenstießen, beim Einfluß der Schwarzen Przemsza in die Biala seinen Anfang nimmt, zunächst den Lauf der Schwarzen Przemsza und Vrynica an der alten Grenze entlang verfolgt, die Kreise Sosnowice und Kattowitz kreuzt und dann die Herba benutzt, die ersten 76 Kilometer des Kanals. Beim 94. Kilometer soll er bei Czenstochau den Lauf der Warthe erreichen, beim 124. Kilometer soll wieder verlassen und über Rawa-Radomsk (146 Kilometer), Pabianice (218 Kilometer) Lodz erreichen (224 Kilometer), das durch einen 6 Kilometer langen Stichkanal völlig erschlossen werden soll. Der Kanal nimmt dann die Richtung auf Leczyce auf, dreht hier westwärts zum Goslowsker See ab und mündet dann schließlich nach Durchquerung des Gopsees 6 Kilometer von Thorn in die Weichsel. Diese soll dann auf der Strecke Thorn—Danzig für 1000 Tonnen-Fahrzeuge benutzbar gemacht werden, wie auch der Kanal auf seiner ganzen Strecke, während auf der Weichsel bisher höchstens 600 Tonnen-Schiffe — und auch nur in nicht vollbefriedigtem Zustande — verkehren können. Täglich will man mittels modernster Schleusenanlagen bis zu 40 000 Tonnen Schiffsraum bewältigen lassen, was bei etwa 280 Arbeitstagen im Jahre über 11 Millionen Tonnen bedeuten würde, eine

Die vorliegende Zeitung enthält auf Seite 8 als Beilage

Die Steuerpraxis Nr. 16.